

Resolution  
verabschiedet vom  
39. DPT



## 39. Deutscher Psychotherapeutentag 19./20. November 2021

### Konsequenter Klimaschutz schützt psychische Gesundheit

Durch die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Sommer 2021 wurde nochmals eindringlich deutlich, dass die Klimakrise mit den zunehmenden Extremwetterereignissen auch eine *gesundheitliche* Krise ist. Die Flutkatastrophe hat zu schweren psychischen Belastungen und Verletzungen bei den betroffenen Menschen geführt. Das Erleben von Todesangst und Hilflosigkeit, der Tod von Angehörigen und Nachbar\*innen, die Zerstörung von Wohnung und Eigentum sowie beruflicher Existenz haben viele Menschen traumatisiert. Auch viele haupt- und ehrenamtliche Einsatzkräfte haben psychische Folgen davongetragen.

Es müssen deshalb Ressourcen und Strukturen gestärkt bzw. geschaffen werden, um eine angemessene psychosoziale und psychotherapeutische Versorgung der betroffenen Menschen unmittelbar nach solchen Extremwetterereignissen sowie mittel- und langfristig zu sichern. Eine Beschränkung auf die reine Beseitigung materieller und wirtschaftlicher Schäden trägt den Folgen für die Gesundheit der betroffenen Menschen keinesfalls ausreichend Rechnung.

Mit dem Fortschreiten der Klimakrise werden Überflutungen, Hitze- und Dürreperioden sowie Stürme häufiger und stärker werden. Zunehmend leiden in vielen Teilen der Welt Menschen unter schwerwiegenden gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Klimaveränderungen. Gewaltsame Konflikte um Ressourcen, Flucht und Migration verstärken das Ausmaß des physischen und psychischen Leids der betroffenen Menschen.

Die wichtigste und vordringlichste Präventionsmaßnahme zur Eingrenzung der Wahrscheinlichkeit klimabedingter Extremwetterereignisse und ihrer gesundheitlichen und sozialen Folgen liegt in einer konsequenten Klimapolitik. Es geht deshalb um die sofortige Umsetzung aller Maßnahmen, die die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad begrenzen. Dieses Ziel wurde bereits auf der Weltklimakonferenz 2015 in Paris beschlossen und auch auf der Weltklimakonferenz in Glasgow 2021 betont. Doch die Beschlüsse von Glasgow sind nicht ausreichend, um dieses Ziel zu erreichen. Deshalb fordern wir die kommende Bundesregierung auf, sofortige und intensive Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Ziel zu erreichen. **Klimaschutz ist Gesundheitsschutz!**